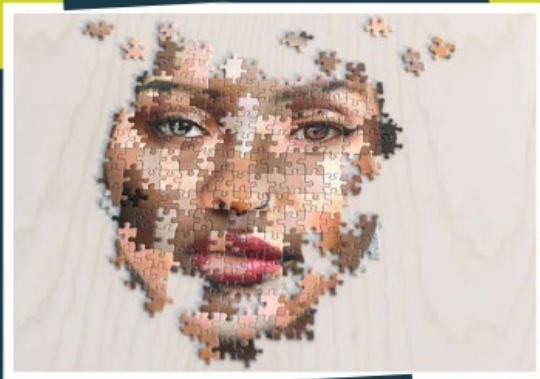


# 5. Bremer armuts konferenz

## Der Initiativkreis Bremer Armutskonferenz

Dazu gehören der Paritätische Bremen, die Arbeitnehmerkammer, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), das Bremer Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ), der Bremer Rat für Integration (BRI), der Bremer Caritasverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), das Diakonische Werk, die GEW, die Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit (LVG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), der Bremer Kinderschutzbund, die Bremer Volkshochschule (VHS) und als Kooperationspartner\*innen die Bremer Quartiersmanager\*innen und der Gesundheitstreffpunkt West.

Bremen braucht alle –  
Schwerpunkt  
Migrationsgesellschaft



Initiativkreis Bremer  
Armutskonferenz (Hrsg.)

## 5. Bremer Armutskonferenz vom 2. März 2023:

- Zusammenfassung
- Ergebnisse
- Forderungen

### Vormittag – Konsul-Hackfeld-Haus

1. Einführung: Die gespaltene Bremer Migrationsgesellschaft S.2
2. Mehrheiten für eine Stadtpolitik der Vielfalt (Prof. Karin Schönwälder) S.3
3. Der polarisierte Diskurs um Diversität (Prof. Karim Fereidooni) S.5
4. Podiumsdebatte: Expertinnen in Verantwortung – Vorbilder sind wichtig S.6

### Nachmittag – Workshops

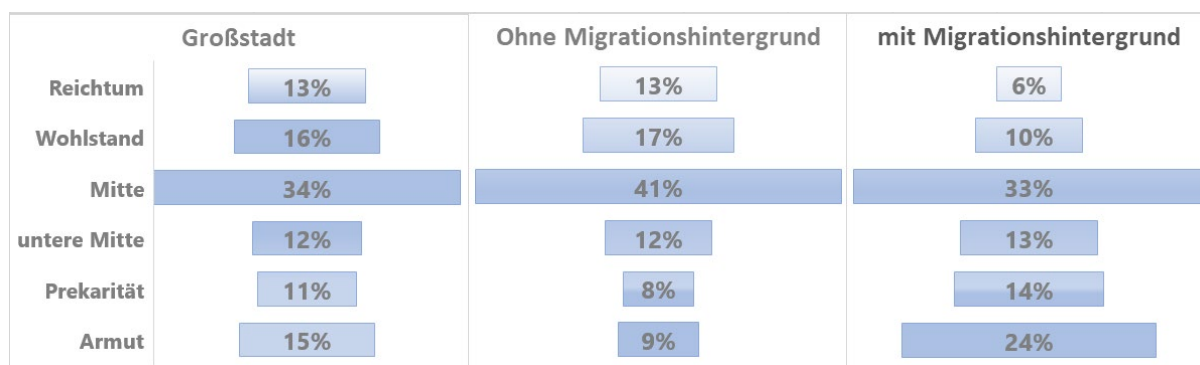
1. Migration und Gesundheit - Forum K S.9
2. Migration und Arbeitsmarkt - DGB-Haus S.11
3. Migration und (Frühe) Bildung - QBZ Morgenland S.12
4. Migration und Wohnungsmarkt – Café Schweizer Viertel S.13

## Vormittag – Konsul-Hackfeld-Haus:

### 1. Einführung: Die gespaltene Bremer Migrationsgesellschaft

Bremen hat das Image einer weltoffenen Stadt und eine über 60-jährige Tradition der Aufnahme von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. In den vergangenen Jahren wuchs die Bevölkerung fast vollständig durch Wanderungen aus dem Ausland. Aktuell haben rund 37 Prozent der Bremer:innen eine familiäre Migrationsgeschichte, bei den unter 18-Jährigen sind es über 60 Prozent. Sie alle haben zum Wohlstand Bremens beigetragen und die zukünftigen Herausforderungen können nur gemeinsam bewältigt werden.

Der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2021 bestätigt, dass sich in den deutschen Großstädten die Kluft zwischen Armuts- und Wohlstandslagen weiter polarisiert. Zur sogenannten „gesellschaftlichen Mitte“ gehört nicht mal mehr die Hälfte der Stadtbevölkerung und der Anteil von prekären und Armutslagen wächst. Der Blick bei dieser 5. Armutskonferenz soll und kann nicht allein auf die überdurchschnittliche Betroffenheit der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in prekären und in Armutslagen gerichtet sein. Denn die andere Hälfte der Menschen mit internationaler Familiengeschichte stabilisiert maßgeblich die „Mitte“ oder lebt im Wohlstand bzw. ist reich.



6. Armuts-, Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021), Universität Bremen (socium), Soziale Lagen im Längsschnitt, S. 17

Insgesamt 12 bis 13 Prozent können zur „unteren Mitte“ gezählt werden. Sie haben angesichts von sprunghaft steigenden Preisen und Mieten immer größere Mühe, mit dem als „normal“ geltenden Lebensstandard „der Mitte“ mitzuhalten. Unter massivem Druck im Alltag sind vier von zehn Menschen mit internationaler Familiengeschichte, die sich in prekären oder in Armutslagen befinden. Das gilt ebenso für die zahlenmäßig größere Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund in prekären und in Armutslagen. Gemeinsam bilden sie eine *verfestigte Klasse* von Armen und gering entlohnten Arbeiter:innen.<sup>1</sup>

Diese holzschnittartige Darstellung kennzeichnet alle großstädtischen Migrationsgesellschaften. Für die Stadt Bremen gibt es bisher keine so detaillierte Untersuchung der sozialen Lagen. Dennoch können Schlussfolgerungen gezogen werden. Mit großer Sicherheit ist die Konzentration von prekären und von Armutslagen in Bremen noch ausgeprägter: Allein 28 Prozent der Bremer:innen leben aktuell in Armutslagen (2022) und der Niedriglohnsektor ist einer der umfangreichsten im Städtevergleich.

<sup>1</sup> Viele leben räumlich konzentriert in kinderreichen sogenannten „Ankunftsquartieren“ am Stadtrand und stellen die Mehrzahl der Randbelegschaften in den Niedriglohnbranchen des Reinigungsgewerbes, der Logistik, der Gastronomie und der Pflege. Hatte vor zehn Jahren noch eine Mehrheit von ihnen die realistische Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg, gilt das für die Jahre vor der Corona-Krise für rund zwei Drittel nicht mehr.

Trotzdem haben die Akteure der 5. Armutskonferenz ein positives Motto für diese Armutskonferenz gewählt: „Bremen braucht alle“. Das hat zwei zentrale Gründe. Zum einen müssen die negativen und diskriminierenden Debatten zum Thema „Migration“ entschieden zurückgewiesen werden. Denn die Hälfte der Menschen mit internationaler Migrationsgeschichte lebt relativ gut situiert. Viele von ihnen arbeiten mittlerweile in strategisch wichtigen Berufsfeldern oder bekleiden (öffentliche) Führungspositionen. Außerdem öffnet sich in den nächsten Jahren ein (demografisch) einmaliges „Zeitfenster“. Die Migrationsforscherin Naika Foroutan spricht deshalb von einem Momentum für Integration<sup>2</sup>. Im Land Bremen werden demnächst rund 80.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen und viele Positionen für die nachkommende Generation freimachen. Der enorme Personalbedarf, der schon jetzt in fast allen Branchen und über alle Qualifikationsstufen hinweg besteht, kann auch in Bremen „Chancen für alle“ öffnen. Dafür müssen jetzt zügig die erforderlichen Weichen gestellt werden: durch die Bremer Stadtpolitik, die Bundespolitik in Berlin und auch in den Unternehmen. In den deutschen Großstädten gibt es für eine solche Stadtpolitik der Vielfalt politische Mehrheiten.

## 2. Mehrheiten für eine Stadtpolitik der Vielfalt

Das führte **Professorin Karen Schönwälder** in ihrem Einführungsvortrag näher aus. Dazu stützte sie sich auf drei eigene repräsentative Studien, speziell zu deutschen Großstädten. Sie ermutigte die Anwesenden, die schon erreichten Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigtere Gestaltung in allen Alltagsbereichen zu nutzen. Sie vertraue durch die Ergebnisse ihrer Studien darauf, dass es in den Städten eine Basis für mehr gleichberechtigte Teilhabe gibt. In allen deutschen Städten werden, wie auch in Bremen, durch Verwaltungen und Dienstleistungen, Maßnahmen zum Thema Diversität umgesetzt (Studie „City-Div“):

- Nahezu alle starten symbolische Kampagnen für Vielfalt durch Anzeigen, Poster und Wettbewerbe (fast 100 Prozent). In Kultureinrichtungen, wie Museen, Bibliotheken und anderen wird das Angebot durch Ausstellungen, Festivals und Musik geöffnet und für vielfältige Zielgruppen erweitert (85 Prozent).
- In einer Mehrheit der öffentlichen Verwaltungen und städtischen Einrichtungen werden Diversitätstrainings durchgeführt (65 Prozent). Rund die Hälfte aller Städte wirbt in ihren Imagekampagnen mit einer vielfältigen Stadtgesellschaft (55 Prozent) und rund die Hälfte der öffentlichen Einrichtungen setzen gezielte Maßnahmen bei der Personalsuche und der Einstellung von neuen Beschäftigten ein.
- Deutlich „Luft nach Oben“ sei hingegen bei gesonderten Beschwerde- und Anti-Diskriminierungsstellen (30 Prozent), was gerade auch für Bremen gilt.<sup>3</sup>

Einen wichtigen Rückhalt für eine vielfältige Stadtpolitik ist die möglichst breite Unterstützung durch die Bevölkerung. In den deutschen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern finden rund Zweidrittel von ihnen „Vielfalt gut“ (Studie „DIVA“ 2019, 2020). Sie betrachten Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur als Bereicherung. Das gilt ebenso, wenn die jüngere Generation mit Gleichaltrigen anderer Herkunft oder anderen Glaubens Kontakt hat, und auf den Straßen viele Sprachen zu hören sind.

---

<sup>2</sup> Naika Foroutan (2021), Das Momentum ist da. „Wer, wenn nicht Deutschland mit seinem dualen Bildungssystem, könnte die sogenannten unqualifizierten Arbeitskräfte integrieren? Der Mittelstand schafft es seit Jahrzehnten, aus unmotivierten Pubertierenden innerhalb von drei Jahren Maurer, Tischler, Heizungsbauer und Krankenpfleger:innen zu machen. Sie werden händeringend gesucht. Der SPIEGEL, Nr. 51, S. 52.

<sup>3</sup> Während zum Beispiel in Berlin die dortige Landes-Antidiskriminierungsstelle schon seit Jahren mit rund 30 Personen tätig ist, ist die Bremer Landes-Antidiskriminierungsstelle politisch zwar beschlossen, die Stellenbesetzung jedoch stockt.

Geht es um die konkrete *Partizipation*, findet immerhin die Hälfte der Stadtbevölkerung, dass sich die Vielfalt der Bewohner:innen auch im Parlament abbilden sollte. Außerdem sollten Muslime das Recht haben, eine Moschee in ihrem Stadtviertel zu bauen und Minderheiten zur Pflege ihrer kulturellen Traditionen staatliche Kulturförderung erhalten.

### **Sind die Stadtgesellschaften auf dem Weg zur gleichberechtigten Gestaltung?**

Erste Untersuchungen seit dem Jahr 2010 zielten auf die politische Repräsentation in kommunalen Parlamenten. Damals hatten lediglich 4 Prozent der dortigen Abgeordneten einen Migrationshintergrund (Böll-Stiftung 2010). Mittlerweile haben sich die Anteile erhöht, jedoch in kleinen Schritten. Das gilt auch für den Deutschen Bundestag. Hatten vor 20 Jahren lediglich 20 Abgeordnete einen Migrationshintergrund sind es mittlerweile rund 83 von 735 Abgeordneten (11 Prozent). Die politische Repräsentanz hat sich zwar langsam verbessert, bei Weitem jedoch nicht dem Bevölkerungsanteil entsprechend. Das gilt trotzdem es aktuell Minister wie Cem Özdemir gibt oder auch wenige Staatssekretär:innen, die in der Öffentlichkeit stehen. Außerdem sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundestagsparteien enorm. Abgeordnete mit einer internationalen Familiengeschichte gibt es in der CDU/CSU und in der FDP fast keine, sie liegen derzeit fast auf AfD-Niveau. Bei den Sozialdemokraten sieht es schon besser aus und noch höher ist der Anteil bei der Linkspartei und den Grünen. Diese Entwicklung in kleinen Schritten ähnelt der langwierigen Geschichte der Repräsentation von Frauen in der deutschen Politik (aktuell 30 Prozent).

### **Für wen sprechen unterschiedliche Organisationen der Zivilgesellschaft?**

Die untersuchten Organisationen stehen prinzipiell allen Menschen offen. Häufig wissen sie jedoch nicht systematisch, wie viele ihrer Mitglieder eine internationale Familiengeschichte haben. Das liegt zum Teil an ihren begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten, aber auch an ihrer Konzeption. Noch in den 90er-Jahren wurde diskutiert, ob sie überhaupt für Migrant:innen zuständig sein sollen? Würden nicht die direkten Selbsthilfe-Organisationen der verschiedenen Migrantengruppen ihre eigenen Interessen besser vertreten können? Das war jedoch, bis zu einem gewissen Teil, eine Strategie der Entlastung für die Mehrheitsgesellschaft. Danach könnten sich die Migrantengruppen sowieso besser um sich selbst kümmern, um „ihre eigenen Leute“. Hinter dieser Haltung steckt jedoch auch die Erfahrung, dass Themen durch ihre Verbindung mit dem Migrationshintergrund, *stigmatisierend* wirken können, beziehungsweise zusätzlich „Grenzen“ schaffen. Im Ergebnis haben sich diese Haltungen nicht durchgesetzt.

Am Beispiel der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zeigt sich, dass sie sich schon seit Jahrzehnten für eine progressive Einwanderungspolitik, für Mitbestimmung und ein kommunales Wahlrecht einsetzt. Schon seit Jahrzehnten haben sich Organisationen wie ver.di schützend „vor ihre Menschen gestellt“: Wir beschützen euch, wir vertreten auch eure Interessen und gehen in die politische Offensive. Doch schon seit Jahren kommen immer mehr Mitglieder aus den eigenen Reihen, die sagen, „geht mal weg, wir wollen selbst ans Mikrofon und für uns selbst sprechen“. Der Migrationsforscher Aladin El-Maafalanie beschreibt diesen Prozess als demokratischen Anspruch, selbst mit am Tisch sitzen zu wollen, um wichtige Entscheidungen zu beeinflussen. Mittlerweile wird bei ver.di diskutiert, ob sie sich zu einer Einwanderungsgewerkschaft<sup>4</sup> entwickeln?

---

<sup>4</sup> In diesem Jahr reisten 44 Delegierte aus ganz Deutschland zur 4. Ver.di-Bundsmigrationskonferenz nach Berlin. Auch 60 Jahre nach der ersten Anwerbung sogenannter „Gastarbeiter:innen“ braucht ver.di eine interne Organisationseinheit, die sich mit dem Thema Migration befasst.

### **Warum es wichtig ist, wer spricht?**

Karen Schönfelder verweist darauf, dass es bei diesen Debatten um Glaubwürdigkeit geht – der Politik insgesamt und auch in politisch engagierten Organisationen. Es sei wichtig, dass dort auch Personen sind, die so sind wie „wir selbst“ und auch so sprechen. Sie sind häufig näher am Alltag „ihrer Leute dran“ und können sich durch kollektive Netzwerke gegenseitig stärken. Gemeinschaftliche Anliegen und Interessen können abgestimmt und in politische Strategien einfließen. Durch eigenständige migrantische Netzwerke und Strukturen in den Organisationen und Institutionen könnten selbstbewusst die spezifischen Interessen eingebracht werden. Gleichzeitig kann von der Stärke der breiter aufgestellten Gesamtorganisation profitiert werden. Dabei handelt es sich jedoch um eine heikle Balance.

Ob in den deutschen Großstädten eine solche Öffnung der Stadtpolitik und wichtiger Institutionen und Organisationen gelingt, sei derzeit umkämpft. Ein Teil der Migrant:innen und ihre Initiativen bzw. Organisationen verbleiben in ihrer authentischen Sprecher:innen-Rolle. Gerade die aktuell geführten Debatten um Anti-Diskriminierung und Anti-Rassismus wecken großes Interesse besonders in der jüngeren Generation. Doch wie können auch die *intersektionalen* Interessen verhandelt werden? Bin ich vor allem von Rassismus und Diskriminierung „betroffen“ - oder gleichzeitig als Frau, als Familie mit Kindern, als Homosexuelle oder aufgrund anderer Profile benachteiligt? Denkbar sei auch, dass die Vielfalt kleinerer Organisationen zu größeren Bündnissen führen - auch mit großen „Akteuren“ - die sich dadurch zu vielfältigeren Akteuren entwickeln (können). Möglich ist jedoch auch eine verstärkte Konkurrenz zwischen vielen kleineren Organisationen, was ihre speziellen Interessen auch schwächen kann. Das seien die zentralen Fragen der nächsten Jahre.

### **3. Der polarisierte Diskurs um Diversität**

Im Anschluss an den Einführungsvortrag plädierte **Prof. Karim Fereidooni**<sup>5</sup> in einem kürzeren Online-Vortrag dafür, Diversität zu gestalten und Teilhabe und Partizipation zu fördern. Anknüpfend an die soziale Spaltung der Großstädte und den sehr polarisierten Diskurs rund um das Thema Migration, stellte er *zwei Konzepte* gegenüber.

Gemeinsam mit vielen anderen versuche er Konzepte des Zusammenlebens zu entwickeln, die dazu beitragen, dass alle Menschen in unserem Land in ihrer Vielfältigkeit leben können. Weil Deutschland eine Migrationsgesellschaft ist, sollten alle Menschen, die sich zu unserem Land bekennen, als Deutsche betrachtet werden – unabhängig von der zugeschriebenen oder faktischen Herkunft, der sexuellen Orientierung oder der Konfession. Es gehe um eine *neue gesellschaftliche Realität*, in der gewaltvolle Fantasien und Konzepte immer kleiner werden.

Dieses Bekenntnis zu einer diversitätssensiblen Art und Weise Deutschsein zu betrachten, habe Folgen zum Beispiel für Politiker:innen. Gerade in Wahlkämpfen, dürfen sie nicht bestimmte Bürger:innen erniedrigen oder abwerten, um die Stimmen von Wähler:innen zu erhalten. Die Würde aller Bewohner:innen muss höchste Priorität haben, wie es in unserer Verfassung niedergeschrieben ist. Sensibel für Diversität zu sein, beschreibe seiner Meinung nach Fähigkeiten, menschengemachte Ungleichheitsstrukturen zu identifizieren: Dazu gehören Rassismus, Sexismus sowie Klassismus, wodurch die Chancen zur Partizipation und Teilhabe von Menschen negativ beeinflusst werden. Zum

---

<sup>5</sup> Karim Fereidooni ist Schul- und Rassismusforscher an der Ruhr-Universität Bochum und hat auf dem 13. Integrationsgipfel der Bundesregierung einen Vortrag zu den Erfolgsfaktoren für Zusammenwachsen und Zusammenhalt gehalten.

Beispiel meint eine diversitätssensible Gleichstellungspolitik nicht nur, dass Frauen bei gleicher Leistung und Qualifikation bevorzugt eingestellt werden. Es geht um eine erweiterte Gleichstellung, indem sich jede Institution fragt, welche Personengruppe bei ihnen unterrepräsentiert sind. Dann müssen Schritt für Schritt die Strukturen dahingehend umgebaut werden, bis sie annähernd ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sind.

Auf der anderen Seite verortete er Parteien wie die AfD, das Bündnis für Deutschland, Pegida und mit Ressentiments und Abwertungen arbeitende Politiker. Sie tragen dazu bei, frauenverachtende, undemokratische und rassistische Diskurse und Umgangsweisen salonfähig zu machen. Solche Strategien in der Öffentlichkeit und in der Politik haben ihre Traditionslinien im (deutschen) Kolonialismus, in der Nazi-Zeit und im Holocaust sowie in Terroranschlägen wie in Hoyerswerda, Rostock, Solingen oder den Morden des NSU. Diese Konzepte zielen darauf, Menschen gegeneinander auszuspielen und aufzuhetzen und sie sind weiterhin wirkmächtig. Manche Polizist:innen nutzen rassistische Stereotypen, wenn sie anhand äußerlicher Merkmale entscheiden, wen sie kontrollieren. In manchen Kirchen-, Moschee- und Synagogengemeinden werden lesbische, schwule und Transgender-Menschen diskriminiert und ausgeschlossen.

Rassismus, Sexismus und Klassismus sind für viele Bürger:innen in diesem Land alltägliche Realität. Häufig wird von Menschen, die selbst keine oder kaum Erfahrungen mit Rassismus oder Sexismus gemacht haben, bestritten, dass es Rassismus und Sexismus gibt. Dieser ignorante Umgang führt dazu, dass alltägliche Lebensrealitäten in wichtigen Institutionen und von Amtsträgern:innen ausgeblendet werden. Wer jedoch kein:e Rassist:in oder Sexist:in sein will, muss sich mit Ungleichheitsstrukturen auseinandersetzen, in allen Institutionen: unserer Bundesregierung, unseres Bundestags, unserer Bildungsinstitutionen, unserer Bundeswehr, unserer Feuerwehr, unseren Gerichten, unserer Polizei, unserem Gesundheitswesen und unseren Verwaltungen. Sind sie imstande, darüber zu reden, welche rassistischen, sexistischen und klassistischen Stereotype ihnen beigebracht wurden, wie sie im Alltag wirken und wie sie reduziert werden können? Denn es gibt keine Räume ohne Rassismus, Sexismus und Klassismus.

#### **4. Podiumsdebatte: vier Expertinnen in Verantwortung – Vorbilder sind wichtig**

Auf dem Podium diskutierten, moderiert von Gülcan Yoksulabakan-Üstüay (Aus- und Fortbildungszentrum für den Öffentlichen Dienst in Bremen):

- Nadezhda Milanova (Migrations- und Integrationsbeauftragte im Land Bremen)
- Naciye Çelebi-Bektaş (Vorsitzende des Bremer Rats für Integration und DGB-Vertreterin)
- Prof. Yasemin Karakaşoğlu (Universität Bremen) und
- Dr. Florence Samkange-Zeeb (Leibniz-Institut für Präventionsforschung - BIPS).

Zu Beginn ging es um die wichtige Rolle von Vorbildern. Wenn Männer mit einer internationalen Familiengeschichte in der Politik oder in anderen Führungspositionen sind, sei das für Frauen nicht unbedingt ein Vorbild. Die vier Frauen auf dem Podium, zum Teil mit Dokortitel oder Professur in Führungspositionen, seien heute Vorbilder. Das ist eine Verbesserung für die vielen Frauen, die jetzt neu ins Land kommen.

Eine andere Teilnehmerin findet es dennoch gut, wenn zum Beispiel auch ein schwarzer Politiker, wie hier in Bremen, gewählt wurde. Da denken viele, gut, wir sind auch vertreten, wir sind sichtbar. Sie verweist außerdem auf eine Gruppe schwarze Frauen in Berlin und ihr Projekt „das schafftst

du auch.“ Sie sind nicht alle Akademikerinnen oder in Führungspositionen. Viele von ihnen haben Krisen durchgestanden, keine Karriere gemacht und keine Universität besucht. Jetzt sammeln sie gemeinsam Lebensgeschichten von unterschiedlichen schwarzen Frauen in allen Bundesländern. Denn auch Frauen, die nicht in Führungspositionen oder an der Universität arbeiten, sind wichtige Vorbilder, weil sie trotz schwieriger Lebenswege, ihren Alltag im „Griff haben“.

### **Verschiedene Blickwinkel – als Bürgerin, als Wissenschaftlerin**

Eine Teilnehmerin des Podiums erfreut sich an der, wenn auch (zu) langsamen, Entwicklung hin zu einer Migrationsgesellschaft. Das sei ihr Blick als Bürgerin, die schon sehr lange hier lebt. Außer als Bürgerin, spricht sie jedoch auch als Wissenschaftlerin, die Lehrer:innen ausbildet. Weil an den Schulen aktuell so viele Fachkräfte fehlen, öffnet sich plötzlich der Zugang ins Lehramt. Das hat in der Rückschau viel zu lange gedauert. Für sie sei es ärgerlich, dass sie schon viele Jahre mit anderen Wissenschaftler:innen in der Hochschulausbildung argumentieren, dass die Hürden durch die Sprachanforderungen viel zu hoch sind. Denn aus der Perspektive der Kinder verkörpern Lehrer:innen mit einer internationalen Familiengeschichte eine wichtige Qualität im Unterricht, da sie vielfältige Erfahrungen und Kompetenzen mitbringen. Außerdem haben sie eine wichtige Vorbildfunktion, besonders für Schüler:innen mit Migrationshintergrund. Jetzt freut sie sich, dass die bisherige strikte Forderung ein „C1-Sprachniveau“ vorzuweisen, plötzlich gelockert wird. Der massive Mangel an Lehrer:innen führe dazu, dass es nicht mehr als „dramatisch“ angesehen wird, wenn jemand nicht mal ein „C2-Sprachniveau“ vorweisen kann. Es gelten zwar noch verschiedene Regelungen für unterschiedliche Länder, aber die Öffnung dieses wichtigen Berufsfeldes sei eine gute Entwicklung.

Die dritte Teilnehmerin bedankt sich für die von Frau Schönfelder gestellte Frage „... wer spricht?“ und die Absicht, nicht allein auf die Armut und die Defizite von Migrant:innen zu schauen. Sie schaue aus der Perspektive der öffentlichen Verwaltung. Vor 13 Jahren habe sie am Ende ihres Studiums in Osnabrück ihre Abschlussarbeit zum Thema „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ geschrieben. Seitdem sie danach mit dieser Aufgabe in die Bremer Verwaltung gewechselt sei, habe sich bei der Auswahl möglichst vielfältiger Auszubildenden viel getan. Das war ein erster, wichtiger Schritt. Schwieriger sei es aktuell, jetzt bei den Beförderungen für Referatsleitungen oder Fachbereichsleitungen diese Entwicklungen weiterzuführen. Trotz eines speziellen Mentorings finden sich kaum Personen, die infrage kommen. Es sei noch viel zu tun und die Förderung bis hin zu Führungskräften sei jetzt zumindest im Diversity-Konzept der Stadt Bremen verankert.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive sei der langjährige Einsatz zur Aufwertung der weiblichen Dienstleistungsberufe besonders wichtig. Gewerkschaften schauen zunächst auf die inländischen Erwerbspersonen, was nicht bedeutet, dass sie dagegen sind, auch Menschen aus anderen Ländern zu vertreten – im Gegenteil. Aktuell schauen gerade viele der jüngeren, gut ausgebildeten Frauen mit internationaler Familiengeschichte auf ihre Mütter aus der sogenannten Gastarbeitergeneration. Erschrocken sehen sie, wie trotz langer, sehr harter Arbeitsphasen sie jetzt häufig in Altersarmut leben. Das sei aktuell eine zentrale politische Aufgabe, insbesondere für eine Armutskonferenz. Auch für die jüngeren Frauen sei es nicht hinreichend, wenn sie zu Hause mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin auf Augenhöhe gleichberechtigt leben. Sie müssen auch in einer Familienphase finanziell auf eigenen Füßen stehen. Diese politischen Kämpfe müssen jetzt geführt werden.

### **Wie können Zielgruppen mit internationaler Familiengeschichte besser erreicht werden?**

Da viele der Teilnehmenden der Konferenz selbst in den sehr vielfältigen Bremer Quartieren tätig sind, sei ebenfalls das „Wiedererkennen“ besonders wichtig. Wenn dort auf Projektflyern lediglich weiße Menschen zu sehen sind, sei es nicht verwunderlich, wenn kaum jemand mitmacht. Sie selbst lese solche Plakate oder Flyer gar nicht: Ich nehme unbewusst an, das richtet sich nicht an mich, ich bin nicht gemeint. Wenn wir wirklich alle interessieren und adressieren wollen, müssen wir sie auch alle abbilden.

### **Die neuen Regelungen für die Geflüchteten aus der Ukraine auf alle Migrant:innen übertragen.**

Derzeit ist der Umgang mit den Menschen aus der Ukraine (Kriegsfluchtmigration) ein konstruktives Vorbild, wie wir mit den Bildungsressourcen auch anderer zugewanderter Gruppen verfahren sollten. Zum Beispiel, dass Mehrsprachigkeit konstruktiv aufgegriffen wird und nicht Deutschkenntnisse vorausgesetzt werden. Kleine Kinder sollten nicht in Vorkursen „geparkt“ werden und Schüler:innen nicht vorrangig erst zwei Jahre separiert Deutsch lernen. Sie müssen schnell in unsere bilingualen Schulen integriert werden, die fast immer multilingual sind. Die Schüler:innen sollen und wollen gefordert werden. Dazu wurden jüngst in Bremen wichtige Schritte gemacht. Außerdem haben viele Sprachen aus dem globalen Süden bei uns keine Wertigkeit. Viele von dort sollen hier zusätzliche Sprachen lernen, welche die Schule fordert, aber ihre zwei oder drei ursprünglich gesprochenen Sprachen werden nicht berücksichtigt und wertgeschätzt. Auch dadurch werden die Barrieren durch die Sprache, zu einem Risiko, in Armut zu geraten oder dort zu verbleiben. Hinzu kommt die weitgehende Unkenntnis der Eltern über die Struktur des verwirrenden Bildungssystems. Neben diesen Faktoren hängen die Bildungswege der Kinder leider nachweislich auch vom Wohnort und der Wohnsituation ihrer Eltern ab.

### **5. Schlussfolgerungen des Vormittags: Repräsentation von Migrant:innen verbessern!**

In den verschiedenen Beiträgen am Vormittag wurde deutlich, dass es in Bezug auf die Repräsentation von Migrant:innen in der Gesellschaft noch einiges zu verbessern gilt: Zu oft wird der Diskurs über Zuwanderung rein defizitär geführt und ignoriert den Beitrag von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für Beschäftigung und Wohlstand in Deutschland und Bremen. Trotz aller Fortschritte in der Vergangenheit sind Migrant:innen im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil noch nicht angemessen repräsentiert – das betrifft beispielsweise Kommunal- und Landesparlamente sowie den Bundestag, Parteien, Führungspositionen in der Wirtschaft sowie den öffentlichen Dienst. Hier braucht es dringend Konzepte, um die Repräsentation von Personen mit Zuwanderungsgeschichte in unserer Gesellschaft zu verbessern. Die Idee eines Partizipations- und Integrationsgesetzes wird durch die Armutskonferenz begrüßt.



## Nachmittag – Workshops:

### 1. Migration und Gesundheit

Zwischen Migration und Gesundheit bestehen enge Wechselwirkungen. Das belegen verschiedene Indikatoren wie die Lebenserwartung, die vorzeitige Sterblichkeit sowie die Befunde aus Schuleingangsuntersuchungen. Auch Migrant:innen sind eine sehr heterogene Gruppe, dennoch treten gesundheitliche Störfaktoren bei ihnen überdurchschnittlich oft auf. Beeinflussende Aspekte stellen dabei Alter, Geschlecht, Ernährung, soziale Netzwerke, Arbeit und die Rechtslage (Stichwort Aufenthaltsrecht) sowie die ungleichen Lebensbedingungen dar. Als Hindernisse für Migrant:innen im Gesundheitssystem gelten fehlende Sprachkenntnisse, fehlende Zeit, eine fehlende Vertrautheit mit dem Gesundheitssystem, wahrgenommene Diskriminierungen und Bedingungen wie der Stadtteil, die Wohnsituation oder das Bildungsniveau.

Gerade in vielen benachteiligten Quartieren mit hohen Anteilen an Zugewanderten ist die medizinische Versorgung eher schlecht. Schon einen Arzttermin zu bekommen ist bei Sprachhemmnissen eine sehr hohe Hürde. Die Praxen sind auf die Bedarfe der Menschen schlichtweg nicht vorbereitet. Durch Corona hat sich die Situation verschärft. Wichtige Unterstützung bieten die Familien, Freund:innen, die Community sowie der Aufbau von Geh-/Holstrukturen.

Der Kontakt zu Themen der Gesundheitsförderung sollte dort stattfinden, wo die Menschen sich aufhalten, z. B. in den Stadtteilen, Integrationskursen, Kitas, Schulen, Geschäften, Frisören etc. Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen mit Bildern ist ebenfalls hilfreich. Gerade in benachteiligten Stadtquartieren kommt es auf eine Verzahnung von medizinischen Angeboten und sozialen Angeboten und Beratung im Sinne einer Gemeinwesenarbeit und der Partizipation der Menschen vor Ort an. Solche Formate brauchen dabei eine verlässliche Finanzierung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag dafür, die eigene Handlungsfähigkeit der Patient:innen zu stärken: Partizipation und Selbstorganisation zu ermöglichen; die Erfahrung von Selbstwirksamkeit zu schaffen und wichtige Brückenfunktionen zu den Peers herzustellen. Ein beispielhafter Ansatz stellt der LIGA-Prozess in Gröpelingen dar. Das Ziel ist ein größeres Gesundheitszentrums mit einem Medizinischen Versorgungszentrum zu schaffen sowie diversen sozialen Angeboten und Sprachunterstützung. Auch die Gesundheitsfachkräfte im Quartier sowie die Gesundheitspunkte in Grohn und in Huchting stellen beispielhafte niedrigschwellige Strukturen im Stadtteil dar. Sie vermitteln durch (aufsuchende) Beratung gesundheitsbezogene Informationen und übernehmen damit eine Brückenfunktion in das Gesundheitssystem.

### Kernforderungen „Migration und Gesundheit“

- 1. Niedrigschwellige gesundheitsbezogenen Angebote** müssen gerecht in den Stadtteilen verteilt sein – dort wo die größten sozialen Herausforderungen bestehen, braucht es am dringendsten Verbesserungen in der Gesundheitsinfrastruktur, dazu gehören gesundheitsbezogene, aufsuchende Angebote und Einrichtungen, Gesundheitszentren, Gesundheitspunkte, Hebammenzentren, medizinische Versorgungsangebote mit Ärzt:innen und Therapeut:innen.
- 2. Erstsprachliche Beratungs- und Versorgungsangebote** müssen dezentral ausgebaut werden, unter Einbindung von Sprachmittlung sowie Einführung einer Sprachmittlungsfltrate (Beispiele: [Sprintpool in Thüringen](#), [praxisbasierter Leitfaden zu Sprachmittlungsangeboten](#)).

**3. Mehr Transparenz über vorhandene Gesundheitsangebote** sowie Stärkung der navigationalen Gesundheitskompetenz zur besseren Orientierung im Gesundheitssystem. Hierzu ist ein mehrsprachiger Gesundheitswegweiser wichtig. Außerdem leisten die Gesundheitsfachkräfte in den Quartieren hier eine wichtige Arbeit. Sie sollten verstetigt und ausgeweitet werden.

### Was brauchen wir, um Zugänge zu Gesundheit gerecht(er) zu gestalten?

#### DIGITALISIERUNG

- Stärkung von Digitalisierung
- Profis aus anderen Ländern zuschalten
- Seriöse Infoangebote im digitalen Raum (niedrigschwellig)

#### RESSOURCEN

- Dauerhaftigkeit/Kontinuität von Angeboten
- Zeit für Gespräche
- Rolle von Ehrenamt?
- Aufgaben delegieren (nicht medizinische Leistungen machen andere)

#### TRANSPARENZ

- „Bedienungsanleitung“ für das Gesundheitssystem
- Transparenz über Gesundheitsangebote
- Gesundheitsversorger\*innen (z. B. Ärzt\*innen) kennen den Stadtteil

#### DEZENTRALISIERUNG

- Gerechte, strukturierte Verteilung der Angebote
- Beratungsangebote in die Quartiere holen
- IGZ auch in anderen Stadtteilen
- Medizinische Versorgung dezentral (Ärzt\*innen, Hebammen, Therapeut\*innen)

#### SPRACHE

- Versorgung in der Muttersprache
- Mit Bildern arbeiten
- Sprachmittlung (anders organisieren)
  - ➔ z. B. Pool in Thüringen
  - ➔ z. B. Konzept in Osnabrück
- Sprachmittlungsfltrate

#### NIEDRIGSCHWELLIGKEIT

- Aufsuchende Beratung/ Beratung im „Vorbeigehen“, z. B. Café
- Vertrauen zu den Mitarbeitenden
- Angebote auf öffentlichen Plätzen, Supermärkten, Moscheen, ...
- Angebote für Nicht-Versicherte
- Peer-Beratung

#### WEITERES

- Gesundheitsrecht vor Aufenthaltsrecht
- Etablierung von Gesundheitskonferenzen
- Stärkere Vernetzung mit allen Akteursebenen

Eigene Darstellung

## 2. Migration und Arbeit

Der deutliche Zuwachs von Menschen aus dem Ausland in Deutschland und Bremen schlägt sich spürbar in den Arbeitsmarktstatistiken nieder. Während die Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit in den letzten zehn Jahren gering ausfiel, hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten hierzulande deutlich erhöht. Gleichwohl sind viele Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt in Bezug auf Einkommen und Sicherheit des Beschäftigungsverhältnisses benachteiligt. Sie besitzen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko, erzielen geringere Einkommen, sind häufiger befristet oder in Leiharbeit angestellt sowie mit körperlichen Belastungen und atypischen Arbeitszeiten konfrontiert. Ferner sind Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere wenn der Abschluss im Ausland erworben wurde, überdurchschnittlich oft unterwertig beschäftigt. Sie üben eine Tätigkeit unter ihrem Qualifikationsniveau aus.

Ein Teil dieser Situation geht auf Schwierigkeiten bei der Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikation zurück. Viele hier lebenden Zugewanderten beantragen die Anerkennung nicht und diejenigen, die sie beantragen, stoßen im Verfahren oft auf bürokratische Hürden. Ein anderes Problem stellt Arbeitsausbeutung dar. Von einer strafrechtlich relevanten deutlichen Unterschreitung von Arbeitsstandards sind Zugewanderte ebenfalls überdurchschnittlich oft betroffen – allerdings hat das bisher für die wenigsten Arbeitgeber:innen entsprechende Konsequenzen. All die genannten Aspekte treffen besonders auf die Gruppe der Geflüchteten zu. Auf Basis bisheriger Flüchtlingskohorten ist davon auszugehen, dass diese Gruppe bis zu 15 Jahre benötigt, bis sich die Erwerbsquote anderen Zuwanderergruppen annähert und selbst dann weisen Geflüchtete oftmals deutlich unterdurchschnittliche Erwerbseinkommen auf.

### Kernforderungen „Migration und Arbeit“

- 1. Beratungs- und Förderangebote bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen** müssen auch ohne Finanzierung durch das Bundesprogramm IQ konsolidiert werden und die **Anerkennungsverfahren** müssen durch Personalverstärkung in den zuständigen Stellen gestärkt werden durch Verbesserung im Bereich Coaching/Mentoring beim Berufseinstieg; durch die Sicherstellung einer hohen Qualität der Betreuung bei praktischen Teilen in Anpassungslehrgängen, die Zusammenführung der Anerkennung als staatlich geprüfte:r Erzieher:in und der staatlichen Anerkennung von Erzieher:innen und einer Reduktion von Zugangshürden bei der Anerkennung von Lehrkräften.
- 2. Stärkeres politisches Engagement zur Eindämmung von Arbeitsausbeutung**, z. B. durch das Anstoßen einer bundespolitischen Lösung zur Sicherstellung von vorübergehenden Sozialleistungen für Opfer von Arbeitsausbeutung und zur Reform des §232 StGB, die Verbesserung der Prozessbegleitung der Opfer von Arbeitsausbeutung und eine Verbesserung der Ausstattung von Staatsanwaltschaften und Gerichten.
- 3. Bessere Unterstützung junger Geflüchteter** beim Schulabschluss und dem Ausbildungserwerb.

#### *Weitere Forderungen*

- Besseres Kontrollsystem zur Einhaltung von Arbeitsrecht,
- Mehr Quereinsteigsmöglichkeiten für Personen mit ausländischen Qualifikationen,
- Einführung einer Leitstelle Gebäudereinigung nach Hamburger Vorbild zur Eindämmung von Ausbeutung im Bereich Gebäudereinigung und systematische Erfassung von Schwarzarbeit.

### **3. Migration und Bildung**

In Deutschland und besonders in Bremen sind die Wechselwirkungen zwischen der sozialen Lage und den Bildungschancen vergleichsweise eng. Im internationalen Vergleich ist dadurch auch die Reproduktion von Armut durch das Bildungssystem überdurchschnittlich hoch. In nationalen Studien sind institutionalisierte Ungleichheiten des deutschen Bildungssystems vom Kindergarten bis zur Hochschule gut dokumentiert. Ein (erhöhtes) Armutsrisiko wirkt sich schon früh im Lebensverlauf von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien aus. Die Autoren:innengruppe Bildungsberichterstattung verwendet für den Zusammenhang von sozialem Status und Bildungserfolg den Begriff der Risikolagen des Bildungserfolgs. Deutschlandweit war 2018 rund jedes dritte Kind von mindestens einer von drei Risikolagen für Bildung betroffen (formal gering qualifizierte Eltern, arbeitslose Eltern, Eltern in Armutslagen). Bei Kindern aus Haushalten von Alleinerziehenden oder Kindern aus Migrationsfamilien trifft das auf mehr als jedes zweite Kind zu.

Im Land Bremen sind diese Herausforderungen im besonderen Maße zu finden: Etwa 52 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sind mindestens von einer Risikolage des Bildungserfolgs betroffen, bei 11 Prozent treffen alle drei Risikolagen zu. Kinder aus Migrationsfamilien sind noch stärker von diesen Risikolagen betroffen. Bremen gehört zu den Großstädten mit der höchsten Armutsquote (28 Prozent), wodurch auch rund 41 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut aufwachsen. Mittlerweile haben 62 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Bremen einen Migrationshintergrund und außerdem ist jede:r vierte Erwachsene formal gering gebildet. Verschärft wird diese Situation durch die in der Stadt Bremen besonders ausgeprägte sozialräumliche Segregation zwischen Stadt- und Ortsteilen. Das alles zusammen schlägt sich in den schlechten Bildungsergebnissen eines großen Teils der Bremer Kinder und Jugendlichen wieder.

Die Abiturquote ist in Ortsteilen mit sehr niedriger Benachteiligung (laut Index) mehr als dreimal höher als in Ortsteilen mit sehr hoher Benachteiligung (laut Index). Umgekehrt ist die Quote der Schüler:innen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, in den Ortsteilen mit sehr hoher Benachteiligung (laut Index) sechsmal höher als in Ortsteilen mit sehr niedriger Benachteiligung (laut Index). Während die Abiturquote bei Kindern mit deutscher Erstsprache in Bremen zuletzt bei fast 50 Prozent lag, betrug der Wert bei Kindern nichtdeutscher Erstsprache lediglich rund 24 Prozent.

#### **Kernforderungen „Migration und Bildung“**

- 1. Einführung eines Bildungsmonitorings** vor dem Hintergrund des Bremer Benachteiligungsindex und Durchführung von Maßnahmen zum Abbau insbesondere von Selektionsschwellen,
- 2. Einführung eines mehrsprachigen Online-Lernsystems für Eltern**, das die Orientierung im Bremischen Bildungssystem erleichtert sowie die Entwicklung und den Ausbau von lokalen Multiplikator:innen-Systemen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungsinstitutionen,
- 3. Einrichtung eines „Sondervermögens für Bildung“** sowie eine deutliche Erhöhung des Gesamtbudgets für Räume, Personal und Projekte, das in Abhängigkeit zu den Sozialindikatoren vergeben wird.

### *Weitere Forderungen*

- Konsequente Sprach- und Leseförderung in allen Bildungsinstitutionen ab der KiTa,
- Durchgängige Ganztagschulen (ohne Selektionshürde nach der vierten Klasse) mit gymnasialer Oberstufe, im Stadtteil Gröpelingen zum Beispiel an einem der bestehenden Campus-Projekte (Ohlenhof und Gröpelingen),
- Mehr Diversität im Schulpersonal durch die Abschaffung des NC im Grundschullehramtsstudium sowie durch professionelle Unterstützung für Studierende zur Überwindung eigener Diskriminierungserfahrungen,
- Anerkennung von Mehrsprachigkeit als erforderliche Qualifikation bzw. fachliche Kompetenz,
- Institutionelle Verstärkung von Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte zur Sensibilisierung für intersektionale Diskriminierung,
- Förderung von non-formalen und informellen Eltern- und Familienbildungsangeboten in den Quartieren durch fachliche Unterstützung.

## **4. Migration und Wohnen**

Die Stadt Bremen wächst zwar, insgesamt jedoch unterdurchschnittlich im Vergleich mit den anderen deutschen Großstädten. Seit Anfang der 2010er-Jahre steigt die Abwanderung ins Umland und auch die Binnenfernwanderung aus den übrigen Regionen Deutschlands nach Bremen ist rückläufig. Das moderate Wachstum Bremens der vergangenen Jahre basiert somit fast ausschließlich auf Wanderungsgewinnen mit dem Ausland. In den Jahren mit hoher Fluchtmigration (ab 2015) lag der Wanderungsgewinn aus dem Ausland in Bremen zum Teil deutlich über dem Mittel der anderen Großstädte. So hat sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Bremen im Großstädtevergleich seit den 2010er-Jahren von einem unterdurchschnittlichen Ausgangswert hin zu überdurchschnittlichen Werten entwickelt.

Das zeigt sich auch hinsichtlich der weit über dem Durchschnitt liegenden Bezugsquoten bei den unterschiedlichen Sozialleistungen, die schon vorher hoch waren. In einem besonderen Maße trifft das auf Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu. Durch den hohen Anteil von Menschen in prekären und in Armutslagen benötigten, zunehmend mehr von ihnen preiswerte Mietwohnungen. Das trifft vor allem auf Singles, Alleinerziehende, Paare mit Kindern und Ältere zu. Insbesondere für Personen mit niedrigen Einkommen gibt es kaum noch erschwingliche Mietwohnungen, mittlerweile selbst für Paare ohne Kinder.

So ist für einen Singlehaushalt mit geringem Einkommen ohne Sozialleistungsbezug lediglich ein Prozent (!) der angebotenen Wohnungen mit 40 bis 70m<sup>2</sup> Wohnfläche finanzierbar. Für Menschen im Sozialleistungsbezug steigt der Wert auf etwa 15 Prozent der angebotenen Wohnungen. In Stadtteilen wie Schwachhausen, Mitte und Horn-Lehe ist das Angebot günstiger Wohnungen besonders knapp. Vergleichsweise höher ist das Angebot in Blumenthal, Gröpelingen und Vegesack. Auffällig ist ferner, dass in Bremen - im Vergleich zum großstädtischen Mittel - der Leerstand höher ausfällt und die Zahl der fertiggestellten Wohnungen je 1.000 Einwohner:innen unter dem Durchschnitt liegt. Zwar fallen die durchschnittlichen Spitzenmieten in Bremen im Großstädtevergleich eher geringer aus und auch der Anstieg der Spitzenmieten lag seit den 2010er-Jahren unter der Preisentwicklung vieler anderer Großstädte. Bei den Standardmieten liegt Bremen hingegen im Durchschnitt, bei den Anfangsmieten ist die Preisentwicklung jedoch deutlich über dem Durchschnitt.

In den Ortsteilen und Quartieren, in denen die meisten Menschen mit wenig Geld konzentriert leben (WiN-Gebiete) ist der Anstieg der Angebotsmietpreise im Vergleich der Perioden 2012–2015 und 2020–2022 sogar höher als im übrigen Stadtgebiet. Zuzüge erfolgen auf den Stadtraum betrachtet „entmischt“ – mit der Folge teilräumlich sehr unterschiedlicher Anspannungstendenzen. Dabei lässt sich nicht eindeutig klären, in welchem Verhältnis individuelle Vorlieben und stadträumlich unterschiedliche Zugangshemmnisse wirken. Es verfestigen sich jedoch zunehmend in den sogenannten Ankunftsquartieren prekäre und Armutslagen mit den entsprechenden Folgen für die lokalen Einrichtungen und Wohnungsunternehmen (vor allem in den WiN-Gebieten).

Außerdem ist die Zahl der Wohnungslosen in Bremen gestiegen, sie liegt jedoch noch im Vergleich der Großstädte im Mittel. Die Vergabe von Wohnraum ist zudem durch ein starkes Maß von Diskriminierung nach Herkunft und sozioökonomischer Situation geprägt. Die Gefahr diskriminiert zu werden, nimmt mit der Zahl potenzieller Diskriminierungsmerkmale und einem steigenden Nachfragedruck zu. Die Sorge vor negativen Reaktionen langjähriger Mieter:innen sind häufig der Anlass, dass Wohnungsunternehmen größere Veränderungen im Nachbarschaftsgefüge zu vermeiden versuchen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind dabei jedoch vertraglich dazu verpflichtet, Personen mit sogenannten Schwierigkeiten beim „Marktzugang“ aufzunehmen.

### **Kernforderungen „Migration und Wohnen“**

- 1. Chancengleichheit im Belegungsmanagement:** Es braucht Regelungen für eine diskriminierungsfreie Vergabe und Steuerung auf dem Wohnungsmarkt, innerhalb und außerhalb der sog. WiN-Quartiere. Dies kann u. a. durch Transparenz anhand von Kriterienlisten oder anonymisierte Bewerbungen erfolgen. Eigentümer:innen müssen für Fragen der Diskriminierung im Wohnungsmarkt sensibilisiert und geschult werden. Auch Ombudsstellen und Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung bei der Wohnraumvergabe sind notwendig. § 19 Abs. 3 AGG kann als Argumentation für die Selektion am Wohnungsmarkt dienen und ist zu hinterfragen.
- 2. Investitionen im Wohnungsbau:** Es braucht ein neues Förderprogramm des Bremer Senats für die Wohnungsbaugesellschaften zur Entwicklung und für den Ausbau des Quartiers durch Wohnungsneubau und eine bessere Verkehrsanbindung.
- 3. Investitionen in die Außenraumgestaltung:** Für die Quartiere mit Entwicklungsbedarf (WiN-Gebiete sowie Kleinst- und Sondergebiete) braucht es dringend Aufwertungen u. a. mit einer Sozialbindung im Wohnungsbau, Maßnahmen zur Klimaanpassung sowie zur Verbesserung sozialer Infrastruktur (Kita, Schule etc.).

### *Weitere Forderungen*

- Die gesamtstädtisch verhaltene Nachfrageentwicklung wird von externen Ereignissen überlagert – die kurzfristige lokale Reaktionsfähigkeit muss als strategische Daueraufgabe entwickelt werden.
- Die Wohnraumversorgung von Menschen mit niedrigen Einkommen, außerhalb des Systems von Mindestsicherungsleistungen, muss systematisch erfasst werden. Insbesondere die Wirkungen der Wohngeldreform und der Entwicklung der Energiepreise – um konkret handeln zu können.
- Lokale Marktzugangshemmnisse sollten erörtert und entsprechend strategisch abgebaut werden.
- Räumliche Hemmnisse zwischen der Erschwinglichkeit peripherer Lagen und den Mobilitätsanforderungen der Arbeitsmarktintegration sollten strategisch abgebaut werden – durch gezielte Umzugshilfen.